

Max-Planck-Institut für ausländisches
öffentliches Recht und Völkerrecht



Beiträge zum ausländischen
öffentlichen Recht und Völkerrecht

Begründet von Viktor Bruns

Herausgegeben von
Armin von Bogdandy · Rüdiger Wolfrum

Band 215

Markus Benzing

**Das Beweisrecht vor
internationalen Gerichten und
Schiedsgerichten in
zwischenstaatlichen Streitigkeiten**

*The Law of Evidence before International Courts
and Arbitral Tribunals in Inter-State Disputes*

(English Summary)



Springer

the language of science

ISSN 0172-4770

ISBN 978-3-642-11646-9

e-ISBN 978-3-642-11647-6

DOI 10.1007/978-3-642-11647-6

Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© by Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., to be exercised by Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg 2010

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandentwurf: WMXDesign GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Die vorliegende Studie ist eine leicht überarbeitete und aktualisierte Fassung meiner von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Wintersemester 2008/2009 angenommenen Dissertation. Sie wurde mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft sowie mit dem Ruprecht-Karls-Preis der Stiftung Universität Heidelberg ausgezeichnet.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum, für die kontinuierliche Unterstützung bei der Konzeption und Erstellung der Arbeit. Herrn Professor Dr. Burkhard Hess danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und darin enthaltene hilfreiche weitere Anregungen.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts in Heidelberg, Herrn Professor Dr. Armin von Bogdandy und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum, bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts zu Dank verpflichtet.

Ohne die kontinuierliche Unterstützung der Mitarbeiter der Bibliothek des Max-Planck-Instituts hätte ich Rechtsprechung und Literatur kaum aufarbeiten können. Stellvertretend möchte ich mich daher besonders bei Petra Weiler, Petra Austen, Sara von Skerst und Wolfgang Schönig bedanken.

Natürlich waren auch die Freunde und Kollegen am Max-Planck-Institut in Heidelberg nicht wegzudenken. Hervorheben möchte ich Alexandra Guhr, Sarah Wolf, Stefan Häußler, Dr. Ebrahim Afsah, Dr. Cristina Hoss, Isabel Feichtner, Dr. Markus Böckenförde, Markus Rau, Dr. Holger Hestermeyer, Dr. Nele Matz-Lück, Jürgen Friedrich und Matthias Goldmann. Yvonne Klein und Marina Filinberg aus dem Sekretariat Professor Wolfrums sowie Dr. Christiane Philipp sei für die stets herzliche und sehr hilfreiche „Mitbetreuung“ der Arbeit und ihres Verfassers gedankt.

Ganz privat und daher umso wichtiger war die Unterstützung meiner Freunde Christoph Frank, Dr. Raphael Utz, Matthias Basler, Gleider I. Hernández und meines Bruders Christian Benzing.

Von ganzem Herzen schließlich möchte ich mich bei den Menschen bedanken, die mir diese Arbeit und vieles andere erst ermöglichten und

die mit mir (und gelegentlich an mir) gelitten haben: meinen Eltern, Margarete und Gerhard Benzing. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im November 2009

Markus Benzing

Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel: Einführung	1
Zweites Kapitel: Quellen des Völkerprozessrechts und des Beweisrechts	31
Drittes Kapitel: Beweisrechtlich relevante Grundsätze des Völkerprozessrechts	115
Viertes Kapitel: Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Gericht und Parteien in der Tatsachenermittlung	129
Fünftes Kapitel: Kooperationspflichten der Parteien	289
Sechstes Kapitel: Durchsetzung prozessualer Entscheidungen im Bereich der Tatsachenfeststellung	327
Siebtens Kapitel: Beweisaufnahme und Beweismittel im internationalen Prozess	355
Achstes Kapitel: Grundsätze der Beweiswürdigung, Beweismaß und Beweiswert	493
Neuntes Kapitel: Die Beweislast im internationalen zwischenstaatlichen Prozess	585
Zehntes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	727
Summary	739
Literaturverzeichnis	757

Sachregister 837

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Einführung	1
A. Programm	1
I. Untersuchungsgegenstand und Ziel der Arbeit.....	1
II. Untersuchte Gerichte und Schiedsgerichte.....	3
B. Relevanz des Themas und Skizze der Problematik	6
I. Keine Systematisierung des Beweisrechts internationaler Gerichte	6
II. Bedeutung und Funktion des Beweisrechts im internationalen Prozess	11
1. Ansteigen der Fälle strittiger Tatsachen vor internationalen Spruchkörpern	12
2. Vorhersehbarkeit gerichtlicher Entscheidungen	15
3. Legitimität und Effektivität gerichtlicher Entscheidungen	18
4. Organisatorische und kompetenzielle Rahmenbedingungen der internationalen Gerichtsbarkeit	20
III. Schwerpunkte der Arbeit: spezifische Problembereiche des Beweisrechts.....	24
1. Rollenverteilung zwischen Parteien und Gericht: Gerichtliche Kompetenzen amtswegiger Tatsachenermittlung.....	24
2. Kooperationspflichten der Parteien und dritter Staaten ...	25
3. Mitwirkungsrechte und -pflichten von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen	25
4. Durchsetzung des Prozess- und Beweisrechts.....	26
5. Beweisaufnahme, Beweiswürdigung, Beweismaß	26
6. Beweislastverteilung.....	28
Zweites Kapitel: Quellen des Völkerprozessrechts und des Beweisrechts	31
A. Völkerprozessrecht	31
I. Definition des Völkerprozessrechts	31
II. Methodologische Vorfragen zur Quellenfrage	35
1. Die Möglichkeit eines einheitlichen Völkerprozessrechts.....	37

2. Kompetenz und Pflicht internationaler Gerichte zur Anwendung einheitlichen Völkerprozessrechts	40
(a) Kompetenz zur Anwendung	40
(aa) Völkerstrafprozessrecht: Internationaler Strafgerichtshof	41
(bb) WTO-Streitbeilegung	43
(cc) Internationaler Gerichtshof und Internationaler Seegerichtshof	43
(dd) Ergebnis	44
(b) Pflicht zur Anwendung des Völkerprozessrechts.....	45
3. Parallelproblem: Gemeinsames Recht internationaler Organisationen?	45
B. Völkerrechtliche Verträge als Rechtsquelle des Völkerprozessrechts	48
I. Gerichtskonstituierende Verträge.....	49
II. Bestimmungen in rechtsstreitrelevanten völkerrechtlichen Verträgen	50
III. Vertragliche Absprachen der Parteien im konkreten Fall	51
1. Vertragliche Modifikation des Prozessrechts ständiger internationaler Gerichte.....	52
(a) Statuten ständiger internationaler Gerichte.....	52
(b) Verfahrensordnungen internationaler Gerichte	56
2. Vereinbarungen in Bezug auf die Tatsachengrundlage und das Beweisrecht.....	57
IV. Kompetenzen der Gerichte und Schiedsgerichte kraft Sachzusammenhangs („ <i>implied</i> “ oder „ <i>inherent powers</i> “).....	57
1. Einführung: „ <i>Implied powers</i> “ im Recht der internationalen Organisationen.....	57
2. „ <i>Implied</i> “ oder „ <i>inherent powers</i> “ im Recht der internationalen Gerichtsbarkeit	58
(a) Grundsatz.....	58
(b) „ <i>Inherent</i> “ oder „ <i>implied powers</i> “?	60
(c) Bedeutung von „ <i>inherent powers</i> “ internationaler Gerichte für das Völkerprozessrecht	64
V. Ergebnis	65
C. Völkergewohnheitsrecht.....	65
I. Allgemeine Grundsätze	65
II. Völkerprozessrecht als Völkergewohnheitsrecht	66
III. Völkerrechtliche Verträge und Völkergewohnheitsrecht	69

IV. Ergebnis	70
D. Allgemeine Rechtsgrundsätze	71
I. Allgemeine Rechtsgrundsätze im Völkerrecht	71
1. Aus den innerstaatlichen Rechtsordnungen hergeleitete Rechtsgrundsätze	72
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	73
3. Verhältnis der allgemeinen Rechtsgrundsätze zu anderen Völkerrechtsquellen	73
II. Allgemeine Rechtsgrundsätze im Völkerprozessrecht	74
1. Allgemeine Rechtsgrundsätze als paradigmatische Rechtsquelle des Völkerprozessrechts?	74
2. Einwände gegen aus den nationalen Rechtsordnungen gefolgerte allgemeine prozessrechtliche Rechtsgrundsätze	77
(a) Flexibilität des Prozessrechts	78
(b) Prinzipiencharakter allgemeiner Rechtsgrundsätze und Prozessrecht	78
(c) Vergleichbarkeit der Prozessrechtsordnungen (horizontaler Vergleich)	79
(d) Vergleichbarkeit nationaler und internationaler Streitbeilegung (vertikaler Vergleich)	81
(aa) Prozessrecht als öffentliches Recht	81
(bb) Vereinbarkeit mit dem Konsensprinzip	82
(e) Methodologische Bedenken	83
(f) Ergebnis	85
E. Richterrecht: Richterliche Entscheidungen und an Gerichte delegierte Rechtsetzung	86
I. Gerichtliche Entscheidungen in prozessualen Fragen als Völkerrechtsquelle	86
1. Art. 38 Abs. 1 (d) IGH-Statut: gerichtliche Entscheidungen als subsidiäre Rechtserkenntnisquelle	88
2. Prozessrechtserzeugung durch repetitive und konvergierende Rechtsprechung internationaler Gerichte	90
(a) Dogmatische Begründung der Rechtserzeugung durch internationale Gerichte	91
(b) Souveränitäts- und Legitimitätseinwände	93
(c) Systemübergreifende Rechtsbildung	95
3. Ergebnis	98
II. Delegierte Rechtsetzung: Verfahrensordnungen, „Practice Directions“ und „Codes of Conduct“	99

1. Kompetenz internationaler Gerichte zum Erlass von Verfahrensordnungen und anderen prozessualen Rechtsinstrumenten	99
2. Erscheinungsformen delegierter Prozessrechtssetzung ..	100
(a) Verfahrensordnungen	100
(aa) Weitgehende Autonomie des Gerichts	100
(bb) Fehlende gerichtliche Befugnis	102
(cc) Zwischenlösungen	102
(dd) Schiedsgerichte	102
(b) Andere Instrumente	103
(aa) IGH: Praxisanweisungen („ <i>Practice Directions</i> “) und „ <i>Resolution concerning the internal judicial practice of the Court</i> “	103
(bb) ISGH: Richtlinien („ <i>Guidelines</i> “)	104
(cc) WTO-Streitbeilegung	105
(dd) Regionale Menschenrechtsgerichtshöfe und Strafgerichtshöfe	105
3. Rechtsnatur von Instrumenten sekundärer Rechtsetzung	106
4. Grenzen der Prozessrechtssetzungsbefugnis von Gerichten	107
(a) Hierarchisch höher stehende Regeln: Gerichtseinsetzende Verträge	108
(b) Allgemeines Völkerprozessrecht	109
5. Auslegung von Normen delegierter Rechtsetzung	110
III. Spontane Rechtsetzungsbefugnis internationaler Gerichte	110
F. Recht der privaten Schiedsgerichtsbarkeit als Inspirationsquelle des Völkerprozessrechts	111
G. Zusammenfassung	112
I. Rechtsquellen des Völkerprozessrechts	112
II. Kompetenzen internationaler Gerichte zur Anwendung des Völkerprozessrechts	112
Drittes Kapitel: Beweisrechtlich relevante Grundsätze des Völkerprozessrechts	115
A. Recht auf ein faires Verfahren und Gleichheit der Parteien	116
I. Allgemeine Grundsätze	116
II. Relevanz im Beweisrecht	118
B. Dispositionsgrundsatz	119

I. Verfahrenseinleitung: fehlendes Fallzugriffsrecht des Gerichts	120
II. Festlegung des Streitgegenstandes: <i>ne ultra petita</i>	120
III. Verfahrensbeendigung	121
C. Öffentlichkeit des Verfahrens	122
D. Recht auf eine Entscheidung des Streitfalls	124
I. Recht auf Entscheidung des Streitfalles	124
II. Begründungsgebot	125

Viertes Kapitel: Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Gericht und Parteien in der

Tatsachenermittlung	129
A. Einführung in den Streitstand	129
I. Streng kontradiktorisches Verfahren	132
II. Verhandlungsgrundsatz	137
III. Untersuchungsgrundsatz	139
IV. Gang der Untersuchung	142
B. Kompetenzen des Gerichts gegenüber Staaten	143
I. Amtswegige Befugnisse gegenüber den Parteien des Rechtsstreits	143
1. Internationaler Gerichtshof	143
(a) Prozessleitungskompetenzen	144
(b) Amtswegige Beweisaufnahme	146
(aa) Urkunden	147
(bb) Augenschein und Ortsbesichtigung	150
(c) Begrenzungen der Ermittlungstätigkeit	153
(d) Bindungswirkung der Beweisbeschlüsse nach Art. 49 IGH-Statut	157
2. Internationaler Seegerichtshof	164
(a) Prozessleitungs- und Sachverhaltsermittlungs- kompetenzen	165
(b) Amtswegige Beweisaufnahme	166
(aa) Urkunden	166
(bb) Augenschein und Ortsbesichtigung	167
(c) Begrenzungen der Ermittlungstätigkeit	167
3. Iran-US Claims Tribunal	168
(a) Prozessleitungs- und Sachverhaltsermittlungs- kompetenzen	171
(b) Begrenzungen der Ermittlungstätigkeit	171
(c) Amtswegige Beweisaufnahme	172
(aa) Urkunden	172

	(bb) Augenschein und Ortsbesichtigung	174
4.	WTO-Streitbeilegung	174
	(a) Prozessleitungskompetenzen.....	175
	(b) Amtswegige Beweisaufnahme	175
	(aa) Urkunden	175
	(bb) Augenschein und Ortsbesichtigung	176
	(c) Begrenzungen der Ermittlungstätigkeit der Panels ..	177
	(aa) Behauptete, unstrittige und zugestandene Tatsachen.....	177
	(bb) Begrenzungen durch das Erfordernis der Aufstellung eines <i>prima facie case</i> durch den Kläger	179
	(1) Rechtsprechung des Appellate Body.....	179
	(2) Vorschläge in der Literatur.....	180
	(3) Exkurs: Funktion des <i>prima facie case</i> im angloamerikanischen Recht.....	181
	(4) Übertragung auf das WTO-Verfahren und Ergebnis	185
	(d) Bindungswirkung der Panelanordnungen.....	187
5.	Zwischenstaatliche Schiedsgerichte	188
	(a) Tatsachenermittlungskompetenzen.....	188
	(b) Begrenzung auf Behauptungen der Parteien und streitige Tatsachen.....	190
II.	Amtswegige Befugnisse internationaler Gerichte gegenüber Drittstaaten	192
	1. Einführung.....	192
	2. Kompetenzen einzelner internationaler Gerichte in Bezug auf Drittstaaten	193
	(a) Historische Betrachtung: <i>Harvard Draft</i> und I. Haager Übereinkommen von 1907.....	194
	(b) Internationaler Gerichtshof und Internationaler Seegerichtshof	194
	3. Stärker integrierte Streitbeilegungssysteme.....	198
	4. Verwendung der von Drittstaaten freiwillig zur Verfügung gestellten Informationen	199
	5. Zusammenfassung	201
C.	Kompetenzen internationaler Gerichte zur amtswegigen Kooperation mit anderen internationalen Institutionen	201
I.	Kooperation mit internationalen Organisationen.....	201
	1. Das Verhältnis internationaler Organisationen zueinander.....	202
	(a) Grundsätze.....	202

(b)	Koordination zwischen internationalen Organisationen	204
(c)	Kooperationsgebot zwischen internationalen Organisationen	205
2.	Allgemeine Grundsätze zum Verhältnis internationaler Gerichte zu internationalen Organisationen.....	206
(a)	Internationaler Gerichtshof	207
(aa)	Art. 34 Abs. 2 Satz 1 IGH-Statut.....	207
(bb)	Art. 34 Abs. 2 Satz 2 IGH-Statut.....	210
(b)	Internationaler Seegerichtshof.....	211
(c)	WTO-Streitbeilegungsmechanismus	212
3.	JStGH und RStGH als Spezialfälle des Verhältnisses internationaler Gerichte zu internationalen Organisationen	214
4.	Zwischenergebnis	217
II.	Amtswegige Kooperation in der Beweiserhebung mit anderen internationalen Gerichten	218
1.	Freiwillige Kooperation.....	219
2.	Kooperationspflichten	222
3.	Grenzen der Kooperation: Konflikt mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme und der gerichtlichen Funktion.....	224
III.	Kompetenzen in Bezug auf atypische Völkerrechtssubjekte	225
1.	Internationale Strafgerichtshöfe	226
2.	Zwischenstaatliche Gerichte.....	226
D.	Amtswegige Kompetenzen in Bezug auf natürliche und juristische Personen nationalen Rechts.....	227
I.	Amtswegige Ladung von Zeugen	227
1.	Kompetenz internationaler Gerichte zur Zeugenladung	228
(a)	Internationaler Gerichtshof	228
(b)	Internationaler Seegerichtshof.....	229
(c)	Iran-US Claims Tribunal.....	229
(d)	WTO-Streitbeilegung.....	229
2.	Adressat der Ladung und Bindungswirkung	230
(a)	IGH und ISGH	231
(b)	WTO-Streitbeilegung.....	232
(c)	Internationale Strafgerichtshöfe und EuGH.....	233
3.	Ergebnis	236
II.	Amtswegige Bestellung von Sachverständigen und Anordnung der Untersuchung	237

(a) Internationaler Gerichtshof	237
(b) Internationaler Seegerichtshof.....	240
(c) Iran-US Claims Tribunal.....	241
(d) WTO-Streitbeilegung.....	242
III. Anordnung der Herausgabe von Dokumenten gegenüber Einzelpersonen	243
IV. Befugnisse gegenüber Nichtregierungsorganisationen und <i>amici curiae</i>	244
1. Internationaler Gerichtshof.....	245
(a) Eingaben von Nichtregierungsorganisationen.....	245
(b) Eingaben von Einzelpersonen	247
(c) Practice Direction XII.....	248
2. Internationaler Seegerichtshof.....	249
3. Iran-US Claims Tribunal	250
4. WTO-Streitbeilegung	251
5. Ergebnis	255
V. Zwischenergebnis.....	256
E. Synthese: Kompetenzleitende Grundsätze in der Beweiserhebung.....	256
I. Zusammenfassung der Untersuchung.....	256
1. Prozessleitungsbefugnisse.....	257
2. Möglichkeiten zur amtswegigen Beweiserhebung.....	257
3. Grenzen der Ermittlungsbefugnisse	260
4. Keine Pflicht zur eigenen Tatsachenermittlung	261
(a) Grundsatz.....	261
(b) Modifikationen aufgrund von Art. 53 IGH-Statut und Art. 28 ISGH-Statut?.....	262
5. Bindungswirkung der Beweisbeschlüsse	266
6. Ergebnis	266
II. Ermessensleitende materiellrechtsbezogene Auslegung der Beweiserhebungskompetenzen	269
1. Der Anwendungsbereich des Art. 31 Abs. 3 (c) WVK ...	270
2. Einbeziehung asymmetrischer Verpflichtungsstrukturen.....	272
3. Flexible kontextbezogene Auslegung derselben Norm in unterschiedlichen Kontexten.....	275
4. Ergebnis	275
III. Operationalisierung des Ergebnisses.....	276
1. Konstitutionalisierung des Völkerrechts und Herausbildung von Interessen der internationalen Gemeinschaft	276

2. Interessen der internationalen Gemeinschaft im Völkerprozessrecht	282
3. Orientierung der Prozessmaximen an Gemeinschaftsinteressen.....	286

Fünftes Kapitel: Kooperationspflichten der

Parteien	289
A. Allgemeine Kooperationspflichten	289
I. Kooperationspflichten im Prozess als Folge der allgemeinen Streitbeilegungspflicht	289
1. Allgemeines Kooperationsgebot im Völkerrecht	289
2. Kooperation im Völkerprozessrecht	290
(a) Pflicht zur loyalen Prozessführung.....	290
(b) Kooperationspflichten in der Stoffsammlung und Beweisaufnahme	291
3. Kooperationsverpflichtete	293
II. Fürsorge- und Hinweispflichten des Gerichts	293
B. Konkrete Zusammenarbeitungspflichten	295
I. Vertikale Kooperationspflicht mit dem internationalen Gericht.....	295
1. Konkrete vertikale Kooperationspflicht.....	295
2. Uneingeschränkte Kooperationspflicht mit dem Gericht im internationalen Prozess	295
(a) Die <i>Parker</i> -Regel	295
(b) Ablehnung einer allgemeinen uneingeschränkten Offenbarungspflicht	298
II. Horizontale Kooperationspflicht zwischen den Parteien	300
1. Rechtsvergleichende Untersuchung.....	300
(a) Informationsbeschaffung im US-amerikanischen Zivilprozess: „ <i>Pre-trial discovery</i> “	301
(b) Informationsbeschaffung in England: „ <i>Disclosure</i> “	303
(c) Informationsbeschaffung in Frankreich	305
(d) Informationsbeschaffung in Deutschland	306
2. Herausgabepflichten auf Antrag einer Partei („ <i>discovery</i> “) vor internationalen Gerichten	309
(a) Offenlegungs- und Herausgabepflichten nach der Rechtsprechung des IGH	309
(b) Offenlegungs- und Herausgabepflichten unter dem DSU.....	313

(c) Offenlegungs- und Herausgabepflichten in der Rechtsprechung des IUSCT	316
(d) Offenlegungs- und Herausgabepflichten in der zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit.....	318
C. Zusammenfassung	321
D. Materiellrechtliche Informations- und Auskunftspflichten.....	325

Sechstes Kapitel: Durchsetzung prozessualer Entscheidungen im Bereich der

Tatsachenfeststellung

A. Innerprozessuale Sanktionsmöglichkeiten des Gerichts bei Nichtbefolgung von Beweisanordnungen.....	328
I. Feststellung der Weigerung	328
II. Beweisrechtliche Rückschlüsse zu Ungunsten der sich weigernden Partei.....	329
1. Kompetenz internationaler Gerichte zum Ziehen negativer Schlüsse.....	329
2. Praxis internationaler Gerichte	334
3. Zusammenfassung	336
B. Zwangsbefugnisse gegenüber Einzelpersonen	337
C. Durchsetzung von Beweisanordnungen in Kooperation mit nationalen Behörden und Gerichten.....	339
I. Anwendbarkeit bzw. Vollstreckbarkeit prozessualer Entscheidungen und Anordnungen internationaler Gerichte in nationalen Rechtsordnungen?.....	340
II. Rechtshilfeersuchen durch das internationale Gericht oder Schiedsgericht an nationale Gerichte oder Behörden...	344
1. Anwendbarkeit international-zivilverfahrensrecht- licher Staatsverträge in zwischenstaatlichen Verfahren ...	345
2. Rechtshilfeersuchen aufgrund vertraglicher Ermächtigung und nach allgemeinem Völkerrecht	346
D. Allgemeine staatliche Umsetzungspflicht und Gegenmaßnahmen.....	349
I. Umsetzungspflicht prozessualer Entscheidungen.....	349
II. Gegenmaßnahmen	352
E. Ergebnis	352

Siebttes Kapitel: Beweisaufnahme und Beweismittel

im internationalen Prozess

A. Gegenstand der Beweisaufnahme.....	355
I. Einführung	355

II.	Der Grundsatz <i>iura novit curia</i>	356
III.	Modifizierungen des Grundsatzes im Bereich des Völkervertragsrechts.....	359
IV.	<i>Iura novit curia</i> und Völkergewohnheitsrecht	362
	1. Universelles Völkergewohnheitsrecht	362
	2. Regionales Völkergewohnheitsrecht	365
V.	<i>Iura novit curia</i> und Art. 38 Abs. 1 (c) und (d) IGH-Statut	366
VI.	Nationales Recht im Völkerprozessrecht	367
VII.	Zusammenfassung.....	371
B.	Zulässigkeit der Beweisaufnahme	372
I.	Entscheidungserheblichkeit	373
II.	Beweisbedürftigkeit	374
	1. Nicht bestrittene Tatsachen und Beweisabsprachen.....	375
	(a) Grundsatz.....	375
	(b) Beweisabsprachen.....	376
	(c) Substantiierungspflicht des Gegners	377
	2. Offenkundige Tatsachen	379
	3. Einseitig zugestandene Tatsachen: Geständnis und <i>Estoppel</i>	383
	(a) Gerichtliches Geständnis	383
	(b) Außergerichtliche Aussagen mit Geständniswirkung	385
	(c) Tatsachen, die nach dem <i>Estoppel</i> -Grundsatz als zugestanden gelten.....	389
	(d) Weitere Geständnisfiktionen im Völkerprozessrecht.....	391
	4. Bindung an Tatsachenfeststellungen anderer internationaler Gerichte oder internationaler Organisationen	392
	(a) Bindung an gerichtlich festgestellte Tatsachen	392
	(aa) <i>Res judicata</i> und andere Bindungswirkungen im Völkerprozessrecht.....	392
	(bb) Bindung an Tatsachenfeststellungen.....	396
	(cc) Indirekte Bindung über die Streitparteien	398
	(dd) Ergebnis	398
	(ee) Exkurs: Praktische Lösung in Massenverfahren	399
	(b) Bindung an Tatsachenfeststellungen nichtgerichtlicher Organe internationaler Organisationen	401

(aa)	Bindung internationaler Gerichte an Tatsachenfeststellungen des VN-Sicherheitsrats.....	401
(bb)	Bindung internationaler Gerichte an Tatsachenfeststellungen der VN-Generalversammlung.....	405
(cc)	Bindung der WTO-Panels an Tatsachenfeststellungen des Internationalen Währungsfonds	405
(dd)	Zusammenfassung und weitere Fälle.....	408
5.	Bindung an Tatsachenfeststellungen nationaler Gerichte.....	409
III.	Beweisverbote	410
1.	Staatliche Beweisverweigerungsrechte wegen Sicherheitsinteressen	412
(a)	Allgemeine Regel für zwischenstaatliche Verfahren.....	414
(aa)	Situation vor dem IGH, dem ISGH und dem IUSCT.....	414
(bb)	Rechtsprechung des WTO-Streitbei- legungsgremiums.....	416
(b)	Internationale Strafgerichtshöfe, regionale Menschenrechtsgerichtshöfe und EuGH	417
(c)	Zusammenfassung	419
2.	Unternehmensgeheimnisse	423
3.	Zeugnisverweigerungsrechte wegen besonderer Vertrauensstellung bestimmter Berufsangehöriger.....	425
(a)	Anwaltsgeheimnis.....	426
(b)	Beichtgeheimnis	427
(c)	Arztgeheimnis.....	428
4.	Mitarbeiter von Presse und Rundfunk, insbesondere Kriegsberichterstatter.....	428
5.	Selbstbelastung von Parteien und Zeugen.....	431
6.	Beweisverweigerungsrechte internationaler Organisationen und atypischer Völkerrechtssubjekte	431
(a)	Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz	431
(aa)	Aussageverweigerungsrechte vor internationalen Strafgerichten	431
(bb)	Übertragung auf zwischenstaatliche Streitigkeiten.....	434
(b)	Andere internationale Organisationen.....	435
7.	Rechtswidrig erlangte Beweismittel.....	435

(a) Rechtsvergleichende Aspekte	436
(b) Illegal erlangte Beweise im Völkerprozessrecht.....	436
(c) Beweislast hinsichtlich der völkerrechtswidrigen Erlangung der Beweismittel.....	439
8. Beweise aus gescheiterten Versuchen zu gütlicher Einigung (außergerichtlichen Vergleichen)	440
9. Beweismittelverträge	441
10. Zusammenfassung	442
IV. Zusammenfassung: Zulässigkeit der Beweisaufnahme.....	442
C. Organisation der Beweisaufnahme	443
I. Verfahrensleitende Befugnisse internationaler Gerichte	443
II. Beweisantritte der Parteien	444
III. Zurückweisung von Beweisanträgen.....	446
1. Der Grundsatz der Beweismittelererschöpfung.....	446
2. Fristen zur Beweisaufnahme	447
3. Zurückweisung verspäteter Beweismittel.....	448
D. Beweismittel im internationalen Prozess.....	453
I. Allgemeine Grundsätze zur Zulässigkeit von Beweismitteln	453
1. Abschließender Katalog von Beweismitteln im internationalen Verfahrensrecht?	453
2. Formelle Hierarchie verschiedener Beweismittel?	455
II. Voraussetzungen und Verfahren bezüglich einzelner Beweismittel.....	456
1. Urkunden.....	456
2. Zeugen.....	458
(a) Der Zeugenbeweis allgemein	459
(aa) Zulässigkeit des Zeugenbeweises	459
(bb) Zeugnisfähigkeit: Der Partei nahestehende Zeugen und Parteivernehmung	459
(1) Rechtsvergleichende Betrachtung.....	460
(2) Die Partei und ihr nahestehende Personen als Zeugen vor internationalen Gerichten	461
(cc) Sachverständige Zeugen.....	463
(dd) Zeuge vom Hörensagen (<i>hearsay evidence</i>).....	464
(ee) Verfahren der Zeugenvernehmung	465
(ff) Zwangsbefugnisse des Gerichts gegenüber Zeugen.....	467
(b) <i>Affidavits</i> und schriftliche Zeugenaussagen	467
3. Sachverständige und Untersuchung.....	470
(a) Vom Gericht bestellte Sachverständige.....	471

(aa)	Die Bestellung von Sachverständigen durch das internationale Gericht	471
(bb)	Stellung der Sachverständigen und Würdigung durch das Gericht	472
(cc)	Ablehnung von Gerichtssachverständigen.....	473
(dd)	Verfahrensgarantien für die Parteien	474
(ee)	Kooperationspflichten der Parteien.....	476
(ff)	Beisitzer	478
(b)	Parteisachverständige	479
(aa)	Parteisachverständige im internationalen Prozess	479
(bb)	Überprüfung der Sachkunde des Sachverständigen: <i>voir dire</i> -Prozedur	480
(c)	Untersuchung	481
4.	Augenschein und Ortsbesichtigung.....	482
(a)	Augenscheinsbeweis allgemein.....	482
(b)	Ortsbesichtigungen	483
5.	Auskünfte internationaler Organisationen	484
6.	<i>Amicus curiae</i> -Eingaben.....	484
(a)	Definition und Funktion.....	484
(b)	Praxis internationaler Gerichte: Möglichkeit und Voraussetzungen der Zulassung	487
(c)	Mögliche Personen und Institutionen.....	489
(d)	Legitimitätsbedenken	489
III.	Zusammenfassung: Beweismittel im internationalen Prozess	491

Achtes Kapitel: Grundsätze der Beweiswürdigung, Beweismaß und Beweiswert

A.	Grundsätze der Beweiswürdigung vor internationalen Gerichten.....	493
I.	Internationaler Gerichtshof	494
II.	Internationaler Seegerichtshof	495
III.	Iran-US Claims Tribunal.....	496
IV.	WTO-Streitbeilegung.....	496
1.	Abgrenzung der Tatsachenkompetenzen der Panels und des Berufungsgremiums	496
(a)	Grundsatz.....	496
(b)	Überprüfung der Beweisaufnahme der Panels durch das Berufungsgremium.....	497
(c)	Vervollständigung der rechtlichen Analyse.....	498

2. Leitende Grundsätze in der Beweiswürdigung.....	499
V. Regionale Menschenrechtsgerichtshöfe	500
VI. Internationale Strafgerichtshöfe.....	502
VII. Schiedsgerichte	502
VIII. Zusammenfassung.....	503
B. Das Beweismaß in Verfahren vor internationalen Gerichten	504
I. Einführung	504
II. Rechtsvergleichende Aspekte.....	506
1. Das Beweismaß im deutschen Recht	507
2. Das Beweismaß im französischen Recht	508
3. Das Beweismaß im englischen Recht.....	508
4. Das Beweismaß im US-amerikanischen Recht	510
5. Ergebnis	510
III. Untersuchung der Rechtsprechung internationaler Gerichte zum Beweismaß.....	512
1. Internationaler Gerichtshof.....	512
(a) Grundregel.....	513
(b) Erhöhtes Beweismaß bei schwerwiegenden Rechtsverletzungen	515
(c) Beweismaß in Zuständigkeits- und Zulässigkeitsfragen	521
(d) Beweismaß in Eilverfahren	522
(e) Beweismaß in Säumnisverfahren (Art. 53 IGH- Statut)	522
2. Internationaler Seegerichtshof.....	523
(a) Beweismaß im Hauptverfahren	523
(b) Beweismaß im Schiffsfreigabeverfahren nach Art. 292 SRÜ.....	524
3. Iran-US Claims Tribunal	525
4. WTO-Streitbeilegung	527
(a) Überprüfungsmaßstab bzw. Kontrolldichte („ <i>standard of review</i> “).	528
(b) Beweismaß.....	532
5. Regionale Menschenrechtsgerichtshöfe.....	537
(a) Europäischer Menschenrechtsgerichtshof.....	537
(b) Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof	540
6. Das Beweismaß in der Rechtsprechung älterer Schiedsgerichte	541
7. Eritrea Ethiopia Claims Commission.....	543
IV. Zusammenfassung.....	548
C. Der Beweiswert	550
I. Allgemeine Grundsätze zum Beweiswert.....	550

II.	Bewertung einzelner Beweismittel durch die Rechtsprechung.....	553
1.	Beweise aus neutraler Quelle oder gegen die Interessen eines Staates.....	553
(a)	Zeugen.....	553
(b)	Äußerungen von der Partei zuzurechnenden Personen außerhalb des Forums.....	555
(c)	Verallgemeinerung.....	556
2.	Schriftliche Zeugenaussagen und „ <i>affidavits</i> “.....	556
3.	Parteiaussagen.....	560
4.	Sachverständigengutachten und Privatgutachter	561
(a)	Gerichtliche Sachverständige.....	561
(b)	Privatgutachter.....	562
5.	Medienberichte.....	563
6.	Kartenmaterial.....	566
7.	Berichte nationaler Behörden.....	570
8.	Berichte und Beschlüsse internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen	571
(a)	Internationale Organisationen.....	572
(b)	Nichtregierungsorganisationen	576
9.	Tatsachenfeststellungen in Urteilen anderer internationaler Gerichte sowie in urteilsähnlichen Berichten.....	576
III.	Zusammenfassung.....	578
D.	Der Indizienbeweis	578
I.	Zulässigkeit des Indizienbeweises	579
II.	Anforderungen an die Schlüssigkeit der Indizien	580
E.	Zusammenfassung: Die Beweiswürdigung vor internationalen Gerichten.....	581
I.	Grundsätze der Beweiswürdigung	581
II.	Beweismaß.....	582
III.	Beweiswert	583

Neuntes Kapitel: Die Beweislast im internationalen zwischenstaatlichen Prozess

A.	Einleitung.....	585
I.	Begriffliche Unsicherheiten in der Behandlung von Beweislastfragen vor internationalen Gerichten.....	585
II.	Bedeutung und Funktionen der Beweislast im internationalen Prozess	587
III.	Arten der Beweislast: Rechtsvergleichende Aspekte.....	589

1. Deutsches Recht	589
(a) Objektive Beweislast	589
(b) Subjektive Beweislast	589
(c) Weitere Lasten.....	590
2. Angloamerikanisches Recht	591
(a) „ <i>Burden of persuasion</i> “	591
(b) „ <i>Evidential burden</i> “	592
(c) Andere Formen von „ <i>burden</i> “	592
3. Französisches Recht	593
IV. Mögliche Kriterien für die Verteilung der objektiven Beweislast.....	594
1. Verteilung nach Parteirollen oder Prozessverhalten: „ <i>actori incumbit probatio</i> “	595
2. Beweislastverteilung nach materiellen Grundsätzen	598
(a) Sphärentheorie	598
(b) Wahrscheinlichkeitserwägungen	598
(c) Angreiferprinzip	598
(d) Verteilung nach Informationsbesitz/Beweisnähe.....	599
(e) Zusammenfassung	599
3. Modifizierte Normentheorie.....	600
(a) Normentheorie in Deutschland.....	600
(b) Ähnliche Ansätze in anderen Zivilprozessordnungen	601
(c) Übertragung der modifizierten Normentheorie auf das Völkerrecht.....	605
B. Untersuchung der Rechtsprechung internationaler Gerichte.....	608
I. Ständiger Internationaler Gerichtshof und Internationaler Gerichtshof	608
1. Grundsatz	608
2. Beweislast bezüglich der Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse	610
(a) Beweislast in Zuständigkeitsfragen	610
(aa) Art. 36 IGH-Statut: Konsensprinzip.....	610
(bb) Art. 34 und 35 IGH-Statut: Parteifähigkeit	615
(b) Beweislast in Zulässigkeitsfragen	616
(aa) Klagebefugnis bei der Ausübung diplomatischen Schutzes: Staatsangehörigkeit	617
(bb) Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	619
II. Internationaler Seegerichtshof	625
1. Grundsatz	625
2. Beweislast in Zuständigkeits- und Zulässigkeitsfragen...	626

	(a) Hauptsacheverfahren.....	627
	(b) Schiffsfreigabeverfahren.....	629
III.	Iran-US Claims Tribunal.....	632
	1. Grundsatz	632
	2. <i>Prima facie</i> -Standard und Beweislast.....	633
IV.	WTO-Streitbeilegung.....	634
	1. Grundsatz	635
	(a) Entwicklung der Rechtsprechung zur Beweislast.....	635
	(b) <i>Prima facie case</i> und Beweislast.....	637
	(c) Korrektur des Ergebnisses durch materielle Kriterien?.....	642
	(d) Ergebnis.....	643
	2. Ausnahmen, Rechtfertigungstatbestände und Tatbestandsausnahmen.....	644
	(a) Art. XX GATT und XIV GATS	645
	(b) Art. XXIV GATT.....	647
	(c) Ausnahmevorschriften im SPS	647
	(aa) Art. 3 Abs. 1 bis 3 SPS: Harmonisierung	647
	(bb) Art. 5 Abs. 7 SPS.....	651
	(d) Ausnahmevorschriften im TBT.....	652
	(aa) Art. 2 Abs. 4 TBT	652
	(bb) Art. 2 Abs. 5 S. 2 TBT.....	655
	(e) Art. 6 ÜTB	656
	(f) Ergebnis: Rechtfertigungstatbestände und Tatbestandsausnahmen.....	656
	3. Rechtsfolgen eines <i>non liquet</i>	658
	4. Besonderheiten in der Streitschlichtung mit Entwicklungsländern	659
	(a) Einleitung.....	659
	(b) Art. 27 Abs. 2 und 4 ASÜ	659
	(c) <i>Enabling Clause</i>	660
V.	Regionale Menschenrechtsgerichtshöfe	662
	1. Europäischer Menschenrechtsgerichtshof.....	662
	(a) Beweislast bei Staatenbeschwerden.....	662
	(b) Beweislast für die Rechtswegerschöpfung bei Staatenbeschwerden.....	663
	(c) Beweislast bei Individualbeschwerden.....	663
	2. Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof	664
VI.	Schiedsgerichte	664
	1. Ältere Schiedsgerichte und gemischte Schiedskommissionen	664
	(a) Grundregel.....	664

(b) Beweislast für Ausnahmenvorschriften	667
2. Jüngere Schiedsgerichte.....	667
3. ICSID-Schiedsgerichte	668
VII. Zusammenfassung.....	670
1. Grundregel für die Beweislastverteilung	670
(a) Objektive Beweislast	670
(aa) Konsentierete Grundregel: <i>actori incumbit</i> <i>probatio</i>	670
(bb) Mängel der <i>actori</i> -Regel und Alternativen.....	671
(b) Subjektive Beweislast	672
2. Bedeutung des <i>prima facie case</i> für die Beweislastverteilung.....	673
C. Beweislastumkehr und Beweiserleichterungen.....	674
I. Definitionen von Beweislastumkehr und Beweiserleichterungen.....	674
II. Gesetzliche Vermutungen im internationalen Prozess	675
1. Vermutungen im nationalen Recht	675
(a) Gesetzliche Tatsachenvermutungen	675
(b) Tatsächliche Vermutungen	677
(c) Rechtsvermutungen.....	678
2. Vermutungen im Völkerprozessrecht.....	678
(a) Grundsätzliche Einwände gegen gesetzliche Tatsachenvermutungen im Völkerrecht.....	678
(b) Wirkungen der Vermutungen	681
3. Einzelfälle.....	683
(a) WTO-Recht	683
(aa) Art. 3 Abs. 2 SPS	683
(bb) Art. 2 Abs. 5 TBT	685
(cc) Art. 3 Abs. 8 DSU.....	685
(dd) Art. 10 Abs. 3 ÜLW	687
(b) Art. 42 IAKMR-VerfO	688
(c) Art. 52 Abs. 3 ZP I	689
4. Ergebnis	690
III. Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung bei Informationsasymmetrie	690
1. Pflichtigkeit der territorialen Souveränität.....	691
(a) Der <i>Corfu Channel</i> -Fall	691
(b) Fälle militärischer Besetzung	694
(c) Ausdehnung auf weitere Fälle?.....	695
2. Weitere Fälle der Beweiserleichterungen bei Beweisnot der beweispflichtigen Partei	695

(a) Spontane Editionsspflicht bei Urkunden im Falle der Beweisnot.....	695
(b) „ <i>Probatio diabolica</i> “ und „ <i>prima facie evidence</i> “	697
3. Beweisvereitelung.....	700
4. Besonderheiten im Menschenrechtsschutz	701
(a) Fälle des Verschwindenlassens.....	701
(b) Beweislastumkehr bei Verletzungen von Art. 3 EMRK bzw. Art. 5 AMRK.....	702
(c) Diskriminierungsfälle.....	703
5. Ergebnis	703
IV. Beweislastumkehr und Beweiserleichterungen im Umweltvölkerrecht.....	704
1. Beweiserleichterungen bei bereits eingetretenen Umweltschäden	704
2. Beweislastregelungen bei drohenden Schäden	706
(a) Präventionsprinzip	706
(b) Das Vorsorgeprinzip als Völkergewohnheitsrecht ...	707
(aa) Anwendungsbereich	708
(bb) Normativer Status des Vorsorgeprinzips und Rechtsfolgen.....	711
3. Anwendung vor internationalen Gerichten und Schiedsgerichten	712
(a) <i>Nuclear Tests</i> -Fall	713
(b) <i>Southern Bluefin Tuna</i> -Fälle.....	714
(c) <i>MOX Plant</i> -Fall (ISGH)	715
(d) <i>MOX Plant</i> -Fall (Annex VII SRÜ-Tribunal)	716
(e) <i>MOX Plant</i> -Fall (OSPAR-Tribunal)	716
(f) <i>EC – Hormones</i>	719
(g) <i>EC – Approval and Marketing of Biotech Products</i>	719
4. Beweislastumkehr oder Beweismaßreduzierung?	719
(a) Beweislastumkehr.....	720
(b) Modifizierte Beweislastverteilung.....	721
(c) Beweiserleichterung.....	721
D. Zusammenfassung: Die Beweislast vor internationalen Gerichten.....	724
Zehntes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	727
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	727
I. Systematisierung und Einheitlichkeit des Beweisrechts	727

II. Quellen des Beweisrechts und die Frage eines einheitlich geltenden Beweisrechtes	728
III. Verfahrensgrundsätze	728
IV. Kooperationspflichten der Parteien.....	729
V. Durchsetzung des Beweisrechts	730
VI. Beweisaufnahme.....	730
1. Flexibilität der Beweisaufnahme	730
2. Beweisbedürftigkeit	731
3. Beweisverbote.....	731
VII. Beweismittel	732
VIII. Beweiswürdigung, Beweismaß und Beweiswert	733
1. Beweiswürdigung	733
2. Beweismaß	733
3. Beweiswert.....	734
IX. Beweislastverteilung	734
1. Existenz und Ausgestaltung der Beweislast	734
2. Beweiserleichterungen und Beweislastumkehr.....	735
B. Ausblick	736
Summary	739
Literaturverzeichnis	757
Sachregister	837

Abkürzungsverzeichnis

ABA Journal	American Bar Association Journal
ADÜ	Anti-Dumpingübereinkommen
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
American University ILR	American University International Law Review
AMRK	Amerikanische Konvention über Menschenrechte
ARIA	American Review of International Arbitration
ARIEL	Austrian Review of International and European Law
ASIL	American Society of International Law
ASIL Proc.	Proceedings of the American Society of International Law
ASÜ	Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
Australian YBIL	Australian Yearbook of International Law
AVR	Archiv des Völkerrechts
AYIL	Australian Yearbook of International Law
BerDGV	Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Berkeley JIL	Berkeley Journal of International Law
Boston University ILJ	Boston University International Law Journal
BYIL	British Yearbook of International Law
CBD	Convention on Biological Diversity
CC	Code civil (Frankreich)
Chinese JIL	Chinese Journal of International Law